



# HESSISCHER LANDTAG

17. 11. 2015

Plenum

## **Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einigung bei Finanzierung für den öffentlichen Nahverkehr - Kompromiss nutzt der Verkehrsdrehscheibe Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der ÖPNV einen wichtigen Beitrag zur Mobilität der breiten Bevölkerung und der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hessen leistet. Im Zuge der Energiewende erhält der ÖPNV eine besondere Bedeutung. Hier besteht noch viel ungenutztes Potenzial, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern und hierdurch Mobilität klimafreundlicher zu gestalten. Ein leistungsfähiger ÖPNV leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag dazu, die Mobilität in den Ballungsräumen und in der Fläche zu sichern.
2. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass sich Bund und Länder darauf verständigt haben, die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV in Deutschland im kommenden Jahr auf 8 Mrd. € aufzustocken und diese ab 2017 bis 2031 jährlich um 1,8 % statt wie bislang 1,5 % zu erhöhen. Dies entspricht zwar nicht dem gutachterlich festgestellten Bedarf in Höhe von 8,5 Mrd. € und einer geforderten Dynamisierung von 2 %, ist jedoch ein tragfähiger Kompromiss. Ob die Mittel auskömmlich sind, hängt aber auch von der weiteren Entwicklung der Energiepreise, Personalkosten, Trassenpreise und den Preisentwicklungen bei Neuausschreibungen ab. Der Landtag erwartet von der Bundesregierung schnellstmöglich die Vorlage eines am sog. "Kieler Schlüssel" orientierten Verordnungsentwurfes zur Verteilung der Mittel auf die einzelnen Länder, um Planungssicherheit zu schaffen.
3. Zur Dämpfung des Anstieges der Infrastrukturentgelte bittet der Landtag die Landesregierung zudem, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Regelung im Eisenbahnregulierungsgesetz einzusetzen, die einen Anstieg dieser Infrastrukturnutzungskosten auf die jährliche prozentuale Steigerung der Regionalisierungsmittel begrenzt, d.h. der Anstieg der Trassenpreise wird auf 1,8% begrenzt.
4. Der Landtag begrüßt schließlich, dass auch hinsichtlich der Zukunft der Bundesmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz eine Lösung gefunden und eine Verlängerung bis 2030 vereinbart werden konnte. Dies ist mit Blick auf die zahlreichen hessischen Vorhaben, insbesondere im Bereich der Schieneninfrastruktur, von zentraler Bedeutung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit des ÖPNV.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits Gespräche mit den Verkehrsverbänden aufgenommen hat, um ihnen die vollständigen Regionalisierungsmittel für 2016 und für den Zeitraum 2017 bis 2021 zur Verfügung zu stellen. Mit der fünfjährigen Finanzierungsvereinbarung werden die Grundlagen gelegt, damit die Verkehrsverbände die notwendige Flexibilität und frühzeitig Planungssicherheit erhalten.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. November 2015

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:  
**Dorn**